

Verpasste Chance für die Region

Grundmann bedauert Jamaika-Ende

ROTENBURG • Eigentlich hatte sich Oliver Grundmann darauf eingestellt, diese Woche in Berlin konkret über eine Jamaika-Koalition zu reden. Dass die FDP diese nun platzen ließ, macht den CDU-Politiker aus Stade fassungslos. Zumal er gerade erst die Chancen eines solchen Bündnisses auch für diese Region gepriesen hatte. Nun hofft er, dass die SPD von ihrem Nein zu einer Regierungsbeteiligung abrückt. Grundmann ist im Wahlkreis Stade I / Rotenburg II gewählt worden und kümmert sich aktuell nach dem Ausscheiden von Kathrin Rösel aus dem Bundestag für die CDU auch um den Altkreis Rotenburg.



Für Grundmann steht fest, dass eine Chance verpasst worden ist. Für Deutschland ebenso wie für diese Region. So hatte Grundmann noch am Wochenende für das Elbe-Weser-Dreieck die Vision einer führenden Wind-Wasserstoff-Region entworfen. Es gebe hier Windstrom in rauen Mengen, eine leistungsfähige chemische Industrie, die den Strom in Wasserstoff umwandeln kann, und unterirdische Kavernenspeicher zur Speicherung großer Mengen Wasserstoff. Grundmann hatte an der Klimakonferenz in Bonn teilgenommen und dabei nach eigenem Bekunden Strippen für diese Idee gezogen. In seinen Augen schließen sich ein kraftvolles Wirtschaftswachstum und Klimaschutz nicht aus. Dafür könne eine Jamaika-Koalition stehen. In diesem Sinne habe er auch Kontakte unter anderem zu den Grünen geknüpft. Dass es zu dieser Zusammenarbeit nun wohl nicht kommen wird, bedauert Grundmann zutiefst.

Der Abgeordnete appelliert nun an die SPD, über eine Regierungsbeteiligung zu reden und nicht „weiter muksch in der Ecke zu stehen“. Große Chancen sieht er dafür indes nicht. „Ich bin fassungslos, dass sich gewählte Parteien ihrer Verantwortung entziehen und sich nach der SPD jetzt auch die FDP schmolend in die Ecke zurückzieht. Es geht um unser Land“, so der Christdemokrat. Er spricht von wirklich dramatischen Zeiten. Wenn es etwa um Auslandseinsätze der Bundeswehr, den Euro oder den Bundeshaushalt geht, brauche Deutschland eine stabile Mehrheit. Es könne schließlich nicht sein, dass eine Bundesregierung etwas aushandelt, wofür es dann im Parlament keine Mehrheit gibt. Partner müssten sich auf Deutschland verlassen können. Eine Minderheitsregierung könne er sich daher nur schwer vorstellen. Also Neuwahlen? Auch das wäre für Grundmann keine gute Lösung. Schließlich habe der Souverän, der Bürger, am 24. September bei der Wahl sein Votum abgegeben und es stehe nun in der Verantwortung der Parteien, daraus etwas zu machen. • oer/zz